

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 16. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 9. Dezember 2013 in Erfurt

Teilnehmer: lt. Anwesenheitsliste

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 15:10 Uhr

01 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Weise begrüßt die Anwesenden.

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Es wurde frist- und formgerecht eingeladen.

02 Bestätigung der Tagesordnung

- Folgende Gremien haben seit der letzten Sitzung des LJHA im September nicht getagt: Fachbeirat zum Projekt „Weiterentwicklung von Thüringer Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren“, Landesbeirat für Familie und Frauen, Fachbeirat Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre.
- TOP 11 - Vorstellung des Ausbildungsreports der DGB-Jugend von Sandro Witt wird auf die nächste Sitzung vertagt und TOP 08.2.3 - Anfragen an das TMBWK: Björn Johansson zieht seine Anfrage zur Umsetzung der Schulpflicht/Beschulungspflicht von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung zurück, der TOP wird gestrichen. Zu TOP 08.1.1 – Bericht Fachkräfte Kita liegt eine Tischvorlage aus. Die geänderte Tagesordnung wurde bereits mit den Nachsendungen verschickt.

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

03 Genehmigung des Protokolls der 15. Sitzung vom 16. September 2013

03.1 Genehmigung des Protokolls

Es liegt kein Einspruch zum Protokoll vor.
Damit ist das Protokoll bestätigt.

03.2 Fortlaufende Beschlusskontrolle

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

→ Korrektur zu Beschluss-Reg.-Nr. 119/09: der letzte Bericht war am 16.09.2013.

04 Information durch den Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses

- neue Mitglieder im LJHA:
 - Als Vertreter der SPD-Fraktion wurde vom Thüringer Landtag für Herrn Denny Möller neu Herr Philipp Schweizer benannt.
 - Frau Ministerin hat Frau Brunner auf ihren Wunsch hin zum 1. Januar 2014 als stimmberechtigtes Mitglied im LJHA abberufen. Auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände zur Neuberufung wurde ihre bisherige Stellvertreterin Frau Klemm benannt. Die Berufung ist auf dem Weg, ein Stellvertreter für Frau Klemm wurde noch nicht benannt. → Dank an Frau Brunner.
 - An die Stelle von Frau Christine Wagner, die bisher als Stellvertreterin von Herrn Bernd Scheumann den Thüringischen Landkreistag im Landesjugendhilfeausschuss vertreten hat, wurde Frau Martina Weise-Watzek, Jugendamtsleiterin des Landkreises Sömmerda, vorgeschlagen. Die Berufung ist auf dem Weg.
- Gebühren Betriebserlaubnisverfahren Kita: Hier gab es ein Gespräch des Vorsitzenden mit dem TMBWK: Nach erneuter Prüfung wird es keine Gebühren im Betriebserlaubnisverfahren geben.

05 Kurzberichte aus der Gremienarbeit

05.1 Fachbeirat der Stiftung FamilienSinn

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

05.2 Stiftungsrat der Thüringer Stiftung „HandinHand“

Frau Birckner berichtet von der Sitzung am 4.12.2013:

Folgende Punkte standen u.a. auf der Tagesordnung der Sitzung:

- Stellen und Wirtschaftsplan: Keine Änderungen im Vergleich zum Vorjahr.
- Die vertrauliche Geburt: Der Bundesrat hat am 5. Juli dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt zugestimmt. Die Neuregelungen treten zum 1. Mai 2014 in Kraft.
Das Ziel des Gesetzes ist es, heimliche Geburten außerhalb von medizinischen Einrichtungen so unnötig wie möglich zu machen und Fälle zu verhindern, in denen Neugeborene ausgesetzt oder getötet werden. Im Vergleich zu anonymen Geburt wird hier das Recht des Kindes auf Herkunft und Abstammung berücksichtigt. Müttern wird für eine genügend lange Dauer die Anonymität ihrer Daten garantiert. Gleichzeitig haben die betroffenen Kinder ab dem 16. Lebensjahr die Chance, ihre eigene Identität festzustellen. Die Kosten der vertraulichen Geburten werden vom Bund getragen. Die Kosten anonymer Geburten in Thüringen werden von der Stiftung HandinHand getragen. Von Seiten der Geschäftsstelle der Stiftung HandinHand und des Stiftungsrates sollte die *anonyme Geburt* als Alternative unbedingt neben der Möglichkeit einer *vertraulichen Geburt* erhalten bleiben.
- Bericht aus der Geschäftsstelle: Im Vergleich zum Vorjahr (Stand 31. Oktober) ist in beiden Stiftungszwecken der Antragstand gesunken, d.h. in der Schwangerenilfe von 4.068 Anträgen im Jahr 2012 auf 3.841 Anträge im Jahr 2013. Davon wurden 3.709 Anträge bewilligt. In der Familienhilfe war ein Rückgang von 2,4% zu verzeichnen d.h. von 530 Anträgen in 2012 auf 455 Anträge im Jahr 2013. Hier wurden 410 Anträge bewilligt. Die Tendenz eines Rückganges war so auch schon im Vorjahr zu erkennen. Gründe dafür sind nicht benennbar.
- In diesem Jahr wurden die Kosten für 6 anonyme Geburten übernommen (Stand Oktober). Folgende durchschnittliche Hilfebeträge wurden für dieses Jahr für beide

Stiftungszwecke ermittelt: Schwangerenilfe 729,92 € und für die Familienhilfe 973,27€.

→ Thema auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung: Bericht TMSFG zur vertraulichen Geburt

05.3 Thüringer Landesschulbeirat

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

05.4 Stiftung "Europäische Jugendbildungs- und -begegnungsstätte Weimar"

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

05.5 Projektgruppe „Lokale Bündnisse für Familien in Thüringen“

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Nachfragen:

- *Was ist unter dem Punkt - ggf. weitere Veranlassungen - gemeint mit „tatsächliche Mitwirkung des LJHA an der interdisziplinären Arbeit der Projektgruppe lokale Bündnisse für Familien in Thüringen“? →
Der Landesjugendhilfeausschuss hat für die Projektgruppe Lokale Bündnisse für Familien in Thüringen Frau Annett Dorniok (Mitglied) und Frau Angela Gehrmann (Stellvertreterin) benannt.
Der LJHA war seit Bestehen der Projektgruppe von 16 Sitzungen bislang in vier Sitzungen vertreten. Davon im Jahr 2013 von neun Sitzungen zweimal. Wesentliche Projekte wie die Erarbeitung des Leitbildes „Familienfreundliches Thüringen“ oder die Planung, Durchführung und Organisation der jährlichen Fachtagungen mussten daher ohne Mitwirkung des LJHA stattfinden. Daher musste der Bericht der Vertreterin des LJHA aus der Projektgruppe durch die Vertreterin des TMSFG in der Projektgruppe gefertigt werden.
Hinweis: Frau Dorniok war in der letzten Sitzung dieses Jahres am 2. Dez. 2013 zur Jahresplanung 2014 anwesend. Das nächste Treffen der Projektgruppe findet im Umfeld der Vorstellung der Ergebnisse der Studie zur Familienfreundlichkeit am 14. Januar im TMSFG statt. Alle Mitglieder des LJHA sind zu dieser Veranstaltung eingeladen worden (Nicht zur Projektgruppe!).*

05.6 Beirat „Inklusive Bildung“ und AG I „Inklusive Bildung im frühkindlichen Bereich“

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

06 Berichte aus den Arbeitsgruppen

06.1 Strategiegruppe

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Nachfragen wurden beantwortet.

→ Änderung im Protokoll unter „Stand Handreichung Schulbegleiter/Integrationshelfer“: im letzten Satz wird „Fachliche Empfehlungen“ durch „Handreichung“ ersetzt.

06.2 AG Umsetzungsbegleitung Landesjugendförderplan

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

06.3 Arbeitsstand in den Arbeitsgruppen

Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

→ Die Bezeichnung der „AG zur Überarbeitung der Fachlichen Empfehlungen zum Kinderschutz“ wird geändert in „AG zur Überarbeitung der Fachlichen Empfehlungen der Kinder- und Jugendenschutzdienste“.

07 LJA/Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

07.1 Aktuelle Informationen

07.1.1 Information der obersten Landesjugendbehörde zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

- Information zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes in Thüringen
Frau Reinhardt berichtet:
 - Keine Änderungen zur letzten Sitzung.
- Sachstand zur Umsetzung Landesprogramm schulbezogene Jugendsozialarbeit
Frau Lorenz berichtet:
 - s. Präsentation Anlage 1

Nachfragen wurden beantwortet:

- Bericht zur Umsetzung § 72a SGB VIII
Frau Lorenz berichtet:
 - Im Bereich der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit müssen insgesamt 43 Vereinbarungen auf überörtlicher Ebene abgeschlossen werden. Derzeit sind 19 Vereinbarungen unterschrieben, mit 15 Trägern ist das Referat 32 im Gespräch. Nur zu neun Trägern besteht derzeit noch kein Kontakt.
- Informationen zum 14. Kinder- und Jugendbericht
Frau Reinhardt berichtet:
 - Sobald der Bund einen Bericht vorgelegt hat, ist das Land verpflichtet, dem Landtag darüber zu berichten, welche Schlussfolgerungen für Thüringen hieraus zu ziehen sind. Der Kinder- und Jugendbericht wurde bereits auf zwei Veranstaltungen in Thüringen durch die Autoren vorgestellt.
 - Für den Landtagsbericht werden alle Ressorts der Landesregierung, einschließlich Finanzministerium und Staatskanzlei, angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Darüber hinaus werden die Jugendämter, die LIGA, die Verbände und Jugendverbände, die Landesärztekammer und die Landesmedienanstalt um Stellungnahme gebeten.
 - Dazu soll es konkrete Fragestellungen geben, um eine gewisse einheitliche Struktur im Bericht zu erreichen.
 - Ziel ist es, dem Landtag bis zum Sommer/Herbst den Bericht vorzulegen.

- Fachtag Monitoring Hilfen zur Erziehung am 10.03.2014
Frau Sturmfels berichtet:
 - Die Anregung von Herrn Richter wurde aufgegriffen; Titel des Fachtags ist „Hilfen zur Erziehung zwischen fachlichen Herausforderungen und Kostendruck“.
 - Der Fachtag findet am 10.03.2014 im Sparkassen-Finanzzentrum statt. Insgesamt sind 120 Teilnehmer eingeplant.
 - Frau Ministerin wird ein Grußwort halten.
 - Herr Dr. Pothmann von der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik Dortmund wird seine Expertise vorstellen; die Expertise beinhaltet drei Säulen und zwar das Arbeitsfeld Hilfen zur Erziehung, die Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII und die Entwicklung der Gesamtausgaben der Jugendhilfe.
 - Herr Dr. Meißen vom DIJuF wird einen Vortrag halten; der Titel steht noch nicht genau fest.
 - Herr Struck, Referent beim Paritätischen Gesamtverband, wird einen Vortrag zum Thema „HzE - Was bewegt die freien Träger?“ halten.
 - Desweiteren wird es eine Podiumsdiskussion mit Frau Stephan, Herrn Dr. Pothmann, Herrn Dr. Meißen, Herrn Struck und als Vertreter der LIGA/Herrn Johansson geben.
 - Tagesordnung s. Anlage 2.

Nachfragen wurden beantwortet.

- Umsetzungsstand AG Fachkräftesicherung und -qualifizierung in der Kinder- und Jugendhilfe
Die schriftlich vorgelegten Informationen werden ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

07.1.2 Informationen der Verwaltung Landesjugendamt (obere Landesjugendbehörde)

- Das Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes für 2014 liegt aus und steht im Internet zur Verfügung.

07.2 Umsetzungsstand Beschlüsse Landesjugendhilfeausschuss

- Beschluss-Reg.-Nr. 45/11 – Landesjugendförderplan: Bericht des TMSFG zur Vertiefung des Qualitätssicherungsprozesses auf der Grundlage der Qualitätskriterien außerschulische Jugendbildung
Die schriftlich vorgelegten Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Nachfragen wurden beantwortet.

- Beschluss-Reg.-Nr. 45/11 Landesjugendförderplan: Fachberatung/Fachliche Begleitung Konzeptträger
Die schriftlich vorgelegten Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Nachfragen wurden beantwortet.

- Beschluss-Reg.-Nr. 45/11 - Landesjugendförderplan: Information Umsetzungsplanung „Erarbeitung von Maßnahmen des Prinzips Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit“

Frau Hager berichtet:

Der Landesjugendförderplan 2012 bis 2015 legt in Punkt 20 seiner Umsetzungs-kontrolle fest, dass im Zeitraum von 12/2012 bis 12/2013 Maßnahmen zur Umsetzung des Prinzips Gender Mainstreaming in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit zu erarbeiten sind. Hierzu wurde ein Verfahrensvorschlag vorgestellt, welcher ein 2-stufiges Verfahren vorsieht:

1. Stufe: Evaluation mit wissenschaftlicher Begleitung, was in der Trägerlandschaft in Thüringen zur Thematik besteht und auf welche Erfahrungen zurückgegriffen werden kann und
2. Stufe: Einrichtung einer begleitenden AG zur eindeutigen Klärung von Begrifflichkeiten (Gender Mainstream, Geschlechtergerechtigkeit/Geschlechterspezifik/Mädchenarbeit/Jungenarbeit, etc.)

Dieses Verfahren wurde zwischen Vertreterinnen und Vertretern des TMSFG und der Fachgruppe Jungenarbeit erarbeitet und ist in der Begleitgruppe mit Zustimmung diskutiert worden. Für die Umsetzung fehlen jedoch derzeit personelle Kapazitäten im TMSFG, so dass eine externe Vergabe in Erwägung gezogen wird. Eine Entscheidung, ob hierzu die finanziellen Mittel ausreichend zur Verfügung stehen, wird voraussichtlich im Juni 2014 getroffen werden können.

- Beschluss-Reg.-Nr. 45/11 - Landesjugendförderplan: Bericht der LKJ Thüringen zur Umsetzung der Punkte 17 und 19 der Maßnahmeplanung im Rahmen des Landesjugendförderplans:

- Profilschärfung der LKJ zur Stärkung und Weiterentwicklung der kulturellen Kinder- und Jugendbildung
- Übernahme landesweiter Kooperationsprojekte zur Weiterentwicklung der kulturellen Kinder- Jugendbildung incl. Durchführung und Präsentation von Praxisbeispielen

Herr Dr. Kasper und Frau Minkus berichten:

- s. Präsentation Anlage 3

Nachfragen wurden beantwortet.

07.3 Anfragen an das TMSFG

- Anfrage von Björn Johansson zu „Verhaltensregeln“ von Mitarbeitern des Landeskriminalamtes (LKA) bei der Kommunikation mit Mitarbeitern der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Frau Lorenz berichtet:

Die Anfrage wurde an das LKA Frau Schwade weitergegeben. Nachfolgende Informationen liegen dazu vor:

- Die Landespolizeidirektion informierte die sieben Landespolizeidirektionen und das Landeskriminalamt über den o. g. Sachverhalt und bat darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erneut für einen angemessenen Umgang mit den sozialpädagogischen Fachkräften der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit besonders zu sensibilisieren.
- Unter anderem wurde darauf hingewiesen, dass die Polizei im Vorfeld des Aufsuchens von Einrichtungen der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit den Kontakt zu den Ansprechpartnern vor Ort aufnehmen sollte, ausgenommen sind Einsatzlagen.

- Außerdem haben Beamtinnen und Beamte in Zivil (z. B. LKA) den Charakter der Einrichtungen zu beachten haben und sich dementsprechend zu verhalten.
- Es wird vorgeschlagen, dass beide Seiten im Einzelfall bei auftretenden Problemen bereits vor Ort eine bilaterale Problemlösung anstreben und sich um eine zeitnahe Behebung möglicher Missverständnisse, die die Arbeit beider Professionen erschweren könnten, bemühen sollten.

Frau Schwade ergänzt:

- Reaktionen auf die Schreiben sind bereits erfolgt.
- Bei Nachfragen auf konkrete Hintergründe hinweisen.
- Bitte Anfragen an die lokalen Behörden oder an mich richten.

Nachfragen wurden beantwortet.

08 Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur

08.1 Informationen des TMBWK als oberste Landesjugendbehörde (KITA)

08.1.1 Fortlaufende Informationen der obersten Landesjugendbehörde zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege

- Bericht Fachkräfte KITA (Bedarfsplanung und Prognose, regionale Verteilung)
Die schriftlich vorgelegten Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Nachfragen u. a. zu den Absolventenzahlen wurden beantwortet.

Die Anfrage von Frau Klemm zum Umgang mit Heilerziehungspflegern (SGB XII) wird bilateral mit dem TMBWK beantwortet.

- Meldesystem über besondere Vorkommnisse in Kindertageseinrichtungen

Herr Rutz berichtet:

Das Verfahren bei der Bearbeitung der Besonderen Vorkommnisse (BV) im Bereich Kita wird an die Verfahrensweise der BV-Bearbeitung für das gesamte Ressort des TMBWK angeglichen.

Hintergrund:

Bundeskinderschutzgesetz ab 1.1. 2012: Gemäß § 47 Satz 1 Nr. 2 SGB VIII sind alle Träger von erlaubnispflichtigen Einrichtungen (auch Kitas) verpflichtet, der zuständigen Behörde (TMBWK) unverzüglich Ereignisse und Entwicklungen anzuzeigen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder zu beeinträchtigen.

Bisheriges Verfahren:

Die Kita-Träger wurden mit Schreiben des Kitareferats vom 30. März 2012 über die Meldung dieser Ereignisse oder Entwicklungen informiert. Demnach melden die Kita-Träger bisher die BV auf dem Postweg das Kitareferat bzw. vorab als Telefax an das VZ der Abteilung 2.

Geplante Änderungen:

- Zukünftig wird die Erstbearbeitung der BV sowie die statistische Auswertung durch die Organisationseinheit im TMBWK durchgeführt, die bereits mit der Bearbeitung der BVs im Bereich Schule, Hochschule, Museen, Gedenkstätten befasst ist: Ref. 2 5, Frau Ewald. Ref. 2 5 übernimmt zeitnahe Information der Hausleitung. Änderung in der Zuständigkeit basiert auf dem schon vorhandenen Krisenmanagement für das gesamte Ressort.

- Von Ref. 2 5 werden die erfassten BVs zur fachlichen Bearbeitung an das Kitareferat weitergeleitet, damit die Kita-Aufsicht fallspezifisch mit ihren Mitteln wirksam werden kann (Beratung, Unterstützung durch Ministerium, Ortstermin, Auflagen zur BE).
- Derzeit befindet sich eine Datenbank hierzu im Aufbau. Künftig werden die BVs darin differenzierter nach dem bewährten Verfahren im Bereich Schule erfasst.
- Von Seiten des Kitareferats werden die BV-Meldeformulare entsprechend überarbeitet und mit einem erläuternden Schreiben an die Spitzenverbände der öffentlichen und freien Träger der Kindertageseinrichtungen versendet (2014).
- Ab dann sollen die BV-Meldungen in der Regel anonymisiert (Täter, Opfer, Zeugen mit Initialen) auf elektronischem Weg an das Postfach BesInfo@tmbwk.thueringen.de versendet werden. Hier haben mehrere Mitarbeiter Zugriff, dadurch ist schnelle Weitergabe der Meldungen möglich und die Vertretung ist abgesichert.
- Sachverhalte sind unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) zu übermitteln. Dafür kann keine Frist festgelegt werden, dies hängt vom individuellen Vorgang ab. Die Sachverhalte sind in der Erstmeldung kurz darzustellen.
- Selbstverständlich können in Krisen auch Meldungen telefonisch gemacht werden, dann jedoch fehlt ein Nachweis der Meldung für den verantwortlichen Träger.

Nachfragen wurden beantwortet.

→ Aufnahme Tagesordnung nächste Sitzung: Bericht über besonders häufige und auffällige Vorkommnisse aus dem Kita-Bereich

- Stand des Anhörungsverfahrens zu § 8b Abs. 2 SGB VIII
Herr Rutz berichtet:
 - Das Anhörungsverfahren ist vorbereitet und in die Wege geleitet, Frau Prof. Dr. Reißmann wird beteiligt.
 - Die Anhörung kann jetzt stattfinden.

08.1.2 Umsetzungsstand Beschlüsse Landesjugendhilfeausschuss

Derzeit keine Beschlüsse.

08.1.3 Anfragen

Es liegen derzeit keine Anfragen vor.

Nachfragen zur Erreichbarkeit des Kita-Referates wurden beantwortet.

08.2 Informationen des TMBWK

08.2.1 fortlaufende Informationen

- Informationen zur Kooperationsvereinbarung Jugendhilfe/Schule
Herr Roßner berichtet:
 - Die Vereinbarung ist aus dem Jahr 2008 und soll alle zwei Jahre überprüft werden, die letzte Überprüfung war 2010.
 - Die Sitzung des Landesbeirates Kooperation Jugendhilfe/Schule im November im Landkreistag ergab keinen akuten Handlungsbedarf.
 - Die Problematik der Schulbegleiter und Schulsozialarbeiter soll künftig einbezogen werden.

- Eine Grundsätzliche Überarbeitung soll nach der Wahl erfolgen.

Nachfragen zur Zeitschiene wurden beantwortet.

- Stand der Umsetzung der Schulamtsbezirke

Herr Rutz berichtet:

- Seit dem 1. Januar 2012 arbeiten die neuen Schulämter.
- Die Standorte sind bis auf einen Standort in Westthüringen (Eisenach und Bad Langensalza) reguliert. Neuer Standort Gotha wird Sommer 2014 bezogen.

Nachfragen zu Kreiselternsprechern und Schulamtsleiterstellen wurden beantwortet.

08.2.2 Umsetzungsstand Beschlüsse Landesjugendhilfeausschuss

Derzeit keine Beschlüsse.

08.2.3 Anfragen

Derzeit keine Anfragen.

09 Bericht zu Eltern-Kind-Zentren

Berichterstatterin: Prof. Dr. Michaela Reißmann, Fachhochschule Erfurt

Frau Prof. Dr. Michaela Reißmann berichtet:

- s. Präsentation Anlage 4

Nachfragen wurden beantwortet.

Frau Eisner ergänzt:

- Kooperation zwischen Elternakademie und dem Thillm. Im nächsten Jahr Fortbildungen für pädagogisches Fachpersonal in Kita und Grundschule zum Thema „Elternarbeit“. Die Module werden sich mit den Themen „Haltung“, „Familienbilder“, „Stärkung der pädagogischen Fachkräfte“ und „Praktische Elternzusammenarbeit“ auseinandersetzen.
- Sie werden derzeit mit Mitgliedern des Auditoriums, einer Referentin des Thillm, der Elternakademie und einer externen Erwachsenenbildnerin entwickelt. Im März 2014 wird die erste Veranstaltung stattfinden.

10 Erfurter Elterninitiative gegen KITA-Gebühren

Forderungskatalog der Thüringer Elternschaft für das Ziel der kostenfreien Kinderbetreuung und Optimierung der Betreuungslandschaft

Berichterstatter: Torsten Fritsche und Anika Dietz, Vertreterin der Elterninitiative

Herr Fritsche berichtet:

- Arbeit an einer einheitlichen Entgeltordnung in Erfurt.
- Juni 2013 Strategiepapier Erfurt (für Kommunale Ebene).
- August 2013 Forderungskatalog (für Landesebene).
- Weitere Informationen im Internet unter: www.STEB-Erfurt.de.

Frau Diez stellt den Forderungskatalog vor:

- Kostenfreiheit für Krippen-, Kita- und Hortplätze.
- Gelder für Kitas sollten zweckgebunden ausgeschüttet werden.
- Fortführung der Sanierung der Kitas auch im Hinblick auf Inklusion.

- Änderungen am Personalschlüssel.
- Fortschreibung des Bildungsplanes unter Einbeziehung der Eltern.
- Fachkräftegebot soll beibehalten werden.
- Stärkere Qualitätssicherung durch Fachberater wird gefordert.
- Weiterbildung der Fachkräfte (zwei Tage sind nicht ausreichend).
- TVÖD muss gezahlt werden.
- Verbandsklagerecht.
- Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Nachfragen wurden beantwortet.

11 Information über den Stand der Vorbereitung der neuen ESF-Förderperiode von 2014-2020

Berichtersteller: Claudia Michelfeit, Stabsstelle Strategische Sozialplanung im TMSFG
Frank Roßner, TMBWK

Frau Michelfeit berichtet:

- s. Präsentation Anlage 5

Nachfragen zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs zur UN-Behindertenrechts-Konvention und zur Förderung von Planerstellen in Gebietskörperschaften wurden beantwortet.

Herr Roßner berichtet:

Das **TMBWK** plant nachfolgende ESF-Maßnahmen in eigener Verantwortung als Spezifisches Ziel bzw. innerhalb Spezifischer Ziele in der Verantwortung anderer Ressorts:

- Spezifisches Ziel **„Steigerung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für von Ausgrenzung bedrohte junge Menschen und Verbesserung ihrer Schulerfolge“: Senkung der Abgängerquote ohne Abschluss an ausgewählten Schulen**

U. a. individuelle Maßnahmenpakete für Schulen:

- Angebote zur schulischen Konfliktbewältigung
- Ausbau der außerunterrichtlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote zur individuellen Förderung und des Ganztagsangebots
- Nachqualifizierung von pädagogischen Fachkräften (Entwicklung innovativer Lernumgebungen, Umgang mit Schuldistanz, pädagogische Diagnostik, Elternarbeit, Umgang mit Deutsch als Zweitsprache)

Zuordnung: Thematisches Ziel „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“ – Investitionspriorität „Verringerung der Zahl der Schulabbrecher u. Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung u. Grund- u. Sekundarbildung“

- Spezifisches Ziel **„Erhöhung der Berufswahlkompetenz“: Schulische Berufsorientierungsmaßnahmen an allgemein bildenden Schulen**

U. a. vertiefte praxisnahe Berufs- und Studienorientierung zusätzlich zum Lehrplan:

- in Klassen 7 – 9 zur Erleichterung des Übergangs von der allgemeinen in die berufliche Ausbildung, insbes. Jugendliche mit erhöhtem oder sonderpädagogischem Förderbedarf;

- in Klassen 9 – 11 verstärkte Orientierung für Ausbildung in technisch orientierten Berufen bzw. Aufnahme eines Studiums in den Fächerguppen Mathematik / Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften

Zuordnung: Thematisches Ziel „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“ – Investitionspriorität „Verringerung der Zahl der Schulabbrecher u. Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung u. Grund- u. Sekundarbildung“

- Maßnahmen zur **Steigerung der Kompetenzen der frühpädagogischen Fachkräfte und Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit**

(hierfür ist das TMWAT zuständig, das TMBWK partizipiert beim TMWAT)

U. a. Fort- und Weiterbildungen u.a. zu Gender im Team, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wandel in der Zusammenarbeit mit Eltern; Nachqualifizierung zur Bildung, Erziehung und Betreuung für 0-3jährige; Führungskräftefortbildung; Transfer aktueller Forschungsergebnisse in die Praxis

Zuordnung: Thematisches Ziel „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“ – Investitionspriorität „Förderung des Zugangs zum Lebenslangen Lernen“

- Maßnahmen zur **Erhöhung der Kompetenz lokaler Akteure in der Armutsprävention**

(hierfür ist das TMSFG zuständig, das TMBWK partizipiert beim TMSFG)

U. a. Beratung der Kommunen zur Ausgestaltung von regionalen Bildungsstandorten mit Beteiligung der lokalen Akteure (sozialraumorientierter Ansatz); regionale u. überregionale Netzwerkarbeit

Zuordnung: Thematisches Ziel „Förderung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung der Armut“ – Investitionspriorität „Auf örtlicher Ebene betriebene Strategie für lokale Entwicklung“

12 Beschlussfassung

12.1 Stellungnahme zur Änderung und Verlängerung der Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“

Beschluss-Reg. 99/13

Einreicher: Vorsitzender LJHA

Der LJHA nimmt die Stellungnahme des Vorsitzenden zur Änderung und Verlängerung der Richtlinie „Örtliche Jugendförderung“ zur Kenntnis (s. Anlage).

Nachfragen:

- *Frau Prof. Ludwig regt an, unter Nr. 1.3.2 auch die Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche aufzunehmen. → Dies ist erfolgt.*
- *Herr Johansson stellt auf Seite 6 einen Schreibfehler fest: hier muss das Jahr 2014 statt 2013 stehen. → Der Schreibfehler wurde bereits geändert.*

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	15	0	1

Einstimmig angenommen.

- 12.2 Stellungnahme zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung der Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder
Beschluss-Reg. 110/13
Einreicher: Vorsitzender LJHA

Der LJHA nimmt die unter Organvorbehalt abgegebene Stellungnahme des Vorsitzenden zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung der Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder – DS 5/6612 im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zur Kenntnis (s. Anlage).

Diskussion:

Die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände machten nochmals ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Gesetzentwurf deutlich.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	5	3	8

Mehrheitlich angenommen.

- 12.3 Entsendung eines Mitglieds des LJHA in den Landesseniorenrat
Beschluss-Reg. 100/13
Einreicher: Vorsitzender LJHA

Frau Birckner schlägt für den AKF Herrn Pfarrer Volker Bomm vor.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Entsendung von

Herrn Pfarrer Volker Bomm

als Vertreter des LJHA in den Landesseniorenrat.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	15	0	1

Einstimmig angenommen.

- 12.4 Einrichtung einer AG zur Erarbeitung von Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit
Beschluss-Reg. 111/13
Einreicher: TMSFG

- 1. Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Qualitätsstandards zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit.**
- 2. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus nachfolgenden Mitgliedern zusammen:**

- eine Vertreterin/ein Vertreter der Thüringer Jugendverbände
- eine Vertreterin/ein Vertreter der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung in Thüringen e. V.
- eine Vertreterin/ein Vertreter der anderen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe,
- eine Vertreterin/ein Vertreter des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit
- eine Vertreterin/ein Vertreter des Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur aus dem Aufgabengebiet Jugendhilfe und Schule
- eine Vertreterin/ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
- je eine Vertreterin/ein Vertreter des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen und des Thüringischen Landkreistages

Die Arbeitsgruppe soll in der Besetzung von Jugendlichen zeitweise ergänzt werden. Eine Teilnahme von Schülervertretungen ist hinsichtlich der Partizipations- und Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen zu organisieren.

3. Die Arbeitsgruppe hat folgende Aufgaben:

- Erarbeitung der Qualitätsstandards zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit
- regelmäßige Berichterstattung im LJHA
- Vorlage der Empfehlungen zur Beschlussfassung im LJHA im III. Quartal 2014

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	16	0	0

Einstimmig angenommen.

Mitglieder der AG:

*Simone Rieth für die Jugendverbände, Herr Johansson für die LIGA
Andere Verbände melden nach.*

12.5 Überarbeitung des qualitativen Berichtsbogens der außerschulischen Jugendbildung bei den Jugendverbänden

Beschluss-Reg. 112/13

Einreicher: TMSFG

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Überarbeitung des qualitativen Berichtsbogens der außerschulischen Jugendbildung bei den Jugendverbänden zur Kenntnis (s. Anlage).

Nachfragen wurden beantwortet.

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	15	0	1

Einstimmig angenommen.

- 12.6 Überarbeitung des Sachberichtes im Rahmen der
Verwendungsnachweisführung bei den Jugendverbänden
Beschluss-Reg. 113/13
Einreicher: TMSFG

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Überarbeitung des Sachberichts im Rahmen der Verwendungsnachweisführung bei den Jugendverbänden zur Kenntnis (s. Anlage).

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	16	0	0

Einstimmig angenommen.

- 12.7 Qualitätsstandards für Familienzentren in Thüringen
Beschluss-Reg. 114/13
Einreicher: TMSFG

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt die Qualitätsstandards für Familienzentren in Thüringen als Grundlage der Landesförderung entsprechend den Festlegungen im § 10 Nummer 5 der Verordnung zur Durchführung des Familienförderungssicherungsgesetzes (ThürFamFöSiG) verankerten Fördergrundsätze (s. Anlage).

Abstimmung:

anwesend	ja	nein	Enthaltungen
16	16	0	0

Einstimmig angenommen.

*Die nächste Sitzung des LJHA ist am **3. März 2014**.*

gez. Peter Weise
Vorsitzender

gez. Susanne Krakovic
Protokoll